



ZEF Bonn
Zentrum für Entwicklungsforschung
Center for Development Research
Universität Bonn

Joachim von Braun, Ulrike Grote,
Johannes Jütting

Number **Zukunft der**
24 **Entwicklungs-**
zusammenarbeit

ZEF – Discussion Papers on Development Policy
Bonn, March 2000

The **CENTER FOR DEVELOPMENT RESEARCH (ZEF)** was established in 1997 as an international, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. Research and teaching at ZEF aims to contribute to resolving political, economic and ecological development problems. ZEF closely cooperates with national and international partners in research and development organizations. For information, see: <http://www.zef.de>.

ZEF – DISCUSSION PAPERS ON DEVELOPMENT POLICY are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging development issues. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for Development Research (ZEF) and an external review. The papers mostly reflect work in progress.

Joachim von Braun, Ulrike Grote, Johannes Jütting: Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit, ZEF – Discussion Papers On Development Policy No. 24, Center for Development Research, Bonn, March 2000, pp. 25.

ISSN: 1436-9931

Published by:

Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)

Center for Development Research

Walter-Flex-Strasse 3

D – 53113 Bonn

Germany

Phone: +49-228-73-1861

Fax: +49-228-73-1869

E-Mail: zef@uni-bonn.de

<http://www.zef.de>

The authors:

Joachim von Braun, Director at the Center for Development Research, Bonn, Germany, (contact: jvonbraun@uni-bonn.de),

Ulrike Grote, Center for Development Research, Bonn, Germany, (contact: u.grote@uni-bonn.de)

Johannes Jütting, Center for Development Research, Bonn, Germany, (contact: j.juetting@uni-bonn.de)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	
Kurzfassung	1
Abstract	1
1 Einleitung	2
2 Bedeutungsverlust „klassischer“ EZ: Warum?	3
3 „EZ“ neu definieren und konzentrieren	6
3.1 neu definieren	6
3.2 auf öffentliche Güter konzentrieren	8
3.3 auf Stärkung und Schaffung von Institutionen konzentrieren	8
3.4 auf technologische Innovationen konzentrieren	8
4 Themenschwerpunkte zukünftiger EZ	10
4.1 Good governance und Rechtssicherheit	10
4.2 Umwelt- /Sozialstandards und Handelsbeziehungen	12
4.3 Informations- und Kommunikationstechnologie für Entwicklung	15
4.4 Förderung von Partizipation und Bildung von Sozialkapital	16
4.5 Konflikte umgestalten und gewalttätige Krisen vermeiden	18
5 Zusammenfassende Folgerungen	21
Literaturhinweise	23

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Entwicklung öffentlicher Entwicklungshilfe und privater Kapitaltransfers in Entwicklungsländern	3
-------------	--	---

Kurzfassung

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sollte als die Gesamtheit der zwischen- und innerstaatlichen Allokation (finanzielle, technologische, wissensbezogene) verstanden werden, die auf die Verbesserung der heutigen und zukünftigen Lebensbedingungen der Armen und Benachteiligten abzielt. Diese erweiterte Definition beinhaltet sowohl öffentlich bereitgestellte Ressourcen als auch solche, die - durch die Entwicklungspolitik ausgelöst - innerhalb eines Landes mobilisiert werden. Die Notwendigkeit, Prioritäten in der EZ zu setzen, hat sich verstärkt. Damit EZ nicht einfach modischen Trends folgt, sind Kriterien für die Prioritätensetzung erforderlich. Normative Kriterien für Prioritäten sind *komparative Vorteile*, *Komplementarität* und *Subsidiarität* der EZ gegenüber anderen Aktivitäten. EZ sollte somit vermehrt auf rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in Entwicklungsländern hinarbeiten; durch bilaterale oder multilaterale Kooperation auf eine Entschärfung der Konfliktpotentiale zwischen Handel und Umwelt bzw. Handel und Entwicklung abzielen; Forschung und den Transfer von verfügbarem Wissen und Technologien fördern, die der armutsreduzierenden Entwicklung dienen; und die Möglichkeit nutzen und fördern, dass eigenständige Organisationen dort Leistungen anbieten können, wo Staat und Markt nur sub-optimale institutionelle Lösungen anbieten, insbesondere im ländlichen Raum, wo die Masse der Armen lebt.

Abstract

Development co-operation shall be interpreted as any inter- and intrastate allocation of resources (financial, technological, science-related), which aims at the improvement of the present and future living conditions of the poor and disadvantaged. This extended definition comprises publicly provided resources as well as those, which - stimulated by development policy - are mobilized within a country. The necessity of establishing priorities in development co-operation has been reinforced. In order to prevent that development cooperation simply follows policy fashions, criteria are needed for priority setting. Normative criteria for priorities are *comparative advantages*, *complementarity* and *subsidiarity*. Development co-operation should concentrate on fostering democratic structures and the rule of law in developing countries; work towards weakening the conflict potentials between trade and environment and trade and development, respectively by means of bilateral or multilateral co-operation; promote research and the transfer of available knowledge and technologies, which serve the reduction of poverty; and utilize and support the possibility, that independent organizations offer services, for which state and market can only offer sub-optimal solutions, especially in rural areas where most of the poor live.

1 Einleitung

Das Volumen der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA)¹ ist mit weniger als 0,25 % des Bruttosozialprodukts (BSP) der DAC-Länder² (1997) auf dem niedrigsten Stand seit 1950. Zugleich wird zunehmend die Frage nach der Effektivität und Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit gestellt, wobei das Interesse an Wirkungsanalysen in dem Maße zugenommen hat, wie das Volumen der Entwicklungshilfe abgenommen hat. Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen erfordern die Neukonzeption der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Dabei darf nicht aus dem Blick geraten, dass Entwicklungspolitik direkt und indirekt primär der Reduzierung absoluter Armut dienen soll, d.h. heutiger und potentieller zukünftiger Armut. In einer sich rasch verändernden Welt muss dieses Ziel nachhaltiger Entwicklung allerdings mit einem neu überdachten Instrumentenbündel angegangen werden³. Darüber hinaus zwingen neue theoretische und empirische Einsichten zu verändertem Denken über die zukünftige Ausgestaltung von EZ. Hunger und Armut sind räumlich herangerückt, als dies vielen Menschen bei uns bewusst ist. Sicherheits-, außenpolitische, außenwirtschaftliche und globale umweltpolitische Probleme sind für die Entwicklungspolitik zunehmend relevant.

In diesem Beitrag konzentrieren wir uns nach einem kurzen Überblick über Tendenzen des Bedeutungsverlustes der „klassischen EZ“ auf Prinzipien und Funktionen der EZ aus theoretischen Perspektiven. Die daraus abgeleitete Forderung, die EZ neu zu definieren und auf Schwerpunkte zu konzentrieren, wird dann anhand einiger Schwerpunkte konkreten Handelns erörtert, die indikativ für den anstehenden Wandel der EZ sind.

¹ Official Development Assistance

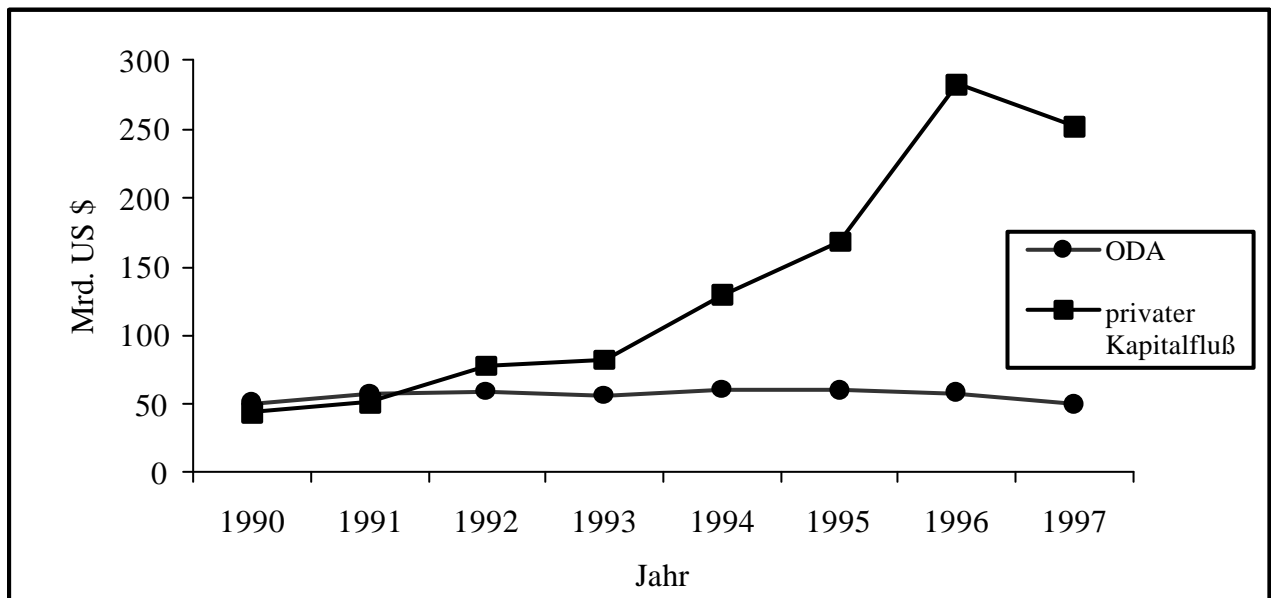
² Hierunter sind die Länder des OECD Development Assistance Committees (DAC) zu verstehen (Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kommission der Europäischen Union, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, taaten).

³ Der Wissenschaftliche Beirat beim BMZ formuliert: „Nachhaltige Entwicklung verkörpert die soziale, ethische und ökonomische Dimensionen annehmende Idee eines auf der Grundlage individueller Selbstentfaltung beruhenden menschenwürdigen Lebens, sowohl für die heutige als auch für zukünftige Generationen. Nachhaltige Entwicklung ist auf Grundlage dieser Idee als offener, dynamischer Prozess zu verstehen, der vom Stand sozialer, ökologischer, ökonomischer und institutioneller Entwicklungen abhängig ist und im Laufe dieser Entwicklungen permanenten Veränderungen unterliegt.“ (BMZ, 1998)

2 Bedeutungsverlust „klassischer“ EZ: Warum?

Nimmt man die Entwicklung der Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe als Indikator für den Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit, so ist ein deutlicher Bedeutungsverlust seit Beginn der 90er Jahre festzustellen. Der Bedeutungsverlust der Entwicklungshilfe spiegelt sich nicht nur in absoluten Zahlen wider, sondern insbesondere im relativen Vergleich zur Entwicklung des Sozialprodukts und der privaten Kapitalströme. Während das Volumen der offiziellen Entwicklungshilfe in den 70er und 80er Jahren stetig anstieg und 1994 mit 60,3 Mrd. US-\$ (in laufenden Preisen) einen Höhepunkt erreichte, ist sie seit diesem Zeitpunkt rückläufig (Abbildung 1). Demgegenüber haben sich die privaten Kapitalströme in die Entwicklungsländer in den 90er Jahren mehr als verfünffacht und betragen ca. 250 Mrd. US-\$ im Jahr 1997. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass 37 % der privaten Kapitalströme nach China, fast 16 % nach Brasilien, 8 % nach Mexiko und knapp 6 % nach Indonesien geflossen sind. Andere Entwicklungsländer haben Direktinvestitionen von weniger als 5 % zu verzeichnen. Insgesamt verzeichnen 10 Entwicklungsländer einen Anteil der privaten Kapitalströme in Höhe von 72 % auf sich (Moran, 1998).

Abbildung 1: Entwicklung öffentlicher Entwicklungshilfe und privater Kapitaltransfers in



Quelle: DAC-Report 1998

Ein besonders starker Rückgang von ODA ist für die USA festzustellen, wo 1997 der Anteil unter 0,1 % des BSP sank. Aber auch der Anteil der Bundesrepublik ist weiter gesunken und betrug im gleichen Jahr 0,27 % des BSP. Bedingt durch die Sparmaßnahmen in den vergangenen zwei Jahren hat sich der Anteil von ODA am BSP in der Bundesrepublik weiter auf 0,26 %⁴ (1998) reduziert und liegt damit geringfügig über den durchschnittlichen Leistungen aller OECD-Länder, aber weit unter denjenigen einiger skandinavischer Länder.

Als Gründe für diese Entwicklung wird oft das Ende des Kalten Krieges mit dem Verlust der strategischen Bedeutung von Entwicklungshilfe, der Zwang zum Sparen innerhalb der Volkswirtschaften der Geberländer und eine allgemeine Ernüchterung über den Erfolg von Hilfe angeführt. Diese Thesen greifen jedoch zu kurz. Die Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte war keineswegs nur ein Produkt des „Kalten Krieges“.

Überlegungen, die in positiver Theorie begründet fragen, wie EZ in Zukunft sein wird, und die den abnehmenden Umfang und die sich wandelnden Schwerpunkte der EZ erklären wollten, müssten auch folgende Trends beachten:

- *EZ steht zunehmend in Konkurrenz zu anderen Themen:* Die wachsende Bedeutung des Wettbewerbs um Wahrnehmung in der Mediengesellschaft führt dazu, dass EZ - wenn überhaupt - nur in Form humanitärer Aktivitäten, insbesondere in Krisensituationen, von einer breiten Bevölkerungsschicht wahrgenommen wird. Hinzu kommen hausgemachte Probleme wie das der Selbst-Ausgrenzung durch eine Fachsprache, die für viele abschreckend wirkt.
- *EZ ist mit Wandel von Altruismus konfrontiert:* Während die Bereitschaft sich zu engagieren und zu spenden in den Industrieländern trotz gegenteiliger Behauptungen (Werteverlust, Individualismus) ungebrochen zu sein scheint, konzentriert sich dieses Engagement zunehmend auf das eigene Gemeinwesen. Dieses spiegelt sich auch in der Tendenz eines politischen Isolationismus wider, der u.a. in Nordamerika zur Unterbewertung bzw. Ablehnung von internationalen Übereinkommen geführt hat.

Eine ganze Reihe von neuen Studien belegen jedoch, dass der verbreitete Pessimismus über die Wirkungsmöglichkeiten von EZ nicht gerechtfertigt erscheint. Querschnittsuntersuchungen unterstreichen, dass Entwicklungshilfe in Ländern mit „good gover⁵“ zu einem erhöhten Wachstum und zur Reduzierung von Armut beigetragen hat (Burnside und Dollar, 1998).

⁴ Diskutiert wird hingegen nach wie vor eine Erhöhung des Entwicklungsetats auf 0,7 % des BSP.

⁵ Unter "good governance", zu deutsch in etwa mit "guter Regierungsführung" übersetzt, ist im Kern die Rechtsstaatlichkeit, Kontrolle der Korruption, Schaffung einer effizienten Entwicklung und effektive Wirtschaftspolitik zu verstehen.

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit

In einer umfassenden Studie zu den Wirkungen von Entwicklungszusammenarbeit kommt die Weltbank zu folgenden Ergebnissen (World Bank, 1998):

- „Good governance“ der Empfängerländer ist wesentlich für den Erfolg von
- In Ländern mit „bad governance“ kann Entwicklungszusammenarbeit zuweilen erfolgreiche Reformprozesse in Gang setzen;
- Effektive Hilfe fördert Privatinvestitionen und führt nicht etwa zu Verdrängung von Privatinitiative;
- Der Wert von Entwicklungsprojekten liegt vor allem darin, die Institutionen zu stärken und Politiken zu verbessern, so dass öffentliche Dienstleistungen effizienter bereitgestellt werden;
- Eine aktive Zivilgesellschaft verbessert die Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

Die veränderte Rolle von ‘Entwicklung’ im Zeichen sich fortdauernd verändernder Rahmenbedingungen unterstreicht, dass eine neue Definition des Inhaltes von Entwicklungszusammenarbeit überfällig ist. Die nachfolgenden Reflexionen haben normativen Charakter, fragen also danach, welche Schwerpunkte EZ in Zukunft haben sollte.

3 „EZ“ neu definieren und konzentrieren

3.1 neu definieren

Es ist eine künstliche, buchhalterische Trennung, wenn die klassische internationale EZ – die „Entwicklungshilfe“ – von regionaler, nationaler und lokaler Entwicklungsinitiative getrennt behandelt wird. Dies führt zur Überschätzung der Rolle der internationalen EZ und zu Frustration angesichts ihrer beschränkten und derzeit unsäglich rasch schrumpfenden Möglichkeiten. Eine Gesamtschau ist erforderlich. Was in den Ländern mit niedrigem Einkommen auf lokaler Ebene gegen Armut und für nachhaltige Entwicklung geleistet / nicht geleistet wird, muss in eine solche Gesamtschau einbezogen werden.

Vor diesem Hintergrund sollte EZ mehr als den traditionell verstandenen finanziellen und technologischen Beitrag der OECD-Länder zur wirtschaftlichen, politischen, technologischen und kulturellen Entwicklung von Ländern mit niedrigem Einkommen beinhalten.

EZ sollte vielmehr als die Gesamtheit der zwischen- und innerstaatlichen Allokation von Ressourcen (finanzielle, technologische, wissensbezogene) verstanden werden, die mit dem Ziel der Verbesserung der heutigen und zukünftigen Lebensbedingungen der Armen und Benachteiligten erfolgt. Dies sind sowohl öffentlich bereitgestellte Ressourcen als auch solche, die durch Entwicklungspolitik ausgelöst, aber nicht notwendigerweise durch öffentliche Haushalte oder staatliche Stellen (Altruismus; Stiftungen; Nichtregierungsorganisationen (NROs)).

Entwicklungspolitik besteht demnach nicht nur aus internationalen Politikmaßnahmen für die Entwicklungsländer, sondern aus Politik, die Armut und extreme Benachteiligung adressiert, wo auch immer sie auftritt. Lokale und regionale Akteure sind somit genauso in die EZ einzubeziehen wie internationale Organisationen z.B. der UN; ebenso sind interne nationale oder lokale Transfers genauso zu honorieren wie externe. Die Vielschichtigkeit und Unterschiedlichkeit der Länder, Regionen und Akteure ist dabei zu beachten.

Offensichtlich führt die erweiterte Definition weg von der Betonung von Länderklassifizierungen, die durch (Einkommens-) Unterschiede innerhalb von und zwischen Entwicklungsländern, Schwellenländern, Transformationsländern und Industrieländern ohnehin zunehmend unscharf werden.

Was die neue Definition beinhaltet, ist die Beachtung des vergrößerten Kreises von Akteuren, die im Rahmen der EZ ins Blickfeld gerückt werden sollten. So können z.B. NROs, Stiftungen und Organisationen der Zivilgesellschaft einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung eines Landes oder einer Region leisten. Eine stärkere Einbeziehung lokaler oder regionaler Akteure bei der Entwicklung und Implementierung von Projekten kann vor diesem Hintergrund

wesentlich zum Erfolg von Entwicklungspolitik beitragen. Ebenfalls sollte die Spendenbereitschaft von Privatpersonen gefördert werden. Diese Möglichkeiten werden in der EZ bisher zu wenig honoriert und zu wenig in die Strategie einbezogen.

Die Forderung nach einer breiter definierten EZ bedeutet nicht, dass die traditionelle EZ in allen Punkten überholt ist. Die Förderung der Entwicklung des Agrarsektors oder der sozialen Sektoren stehen daher beispielsweise nach wie vor im Mittelpunkt moderner EZ. Darüber hinaus haben sich die methodischen Ansätze der EZ geändert, indem sie partizipativer geworden sind und somit zu einer steigenden Einbindung der EZ-Zielgruppen führen. Dies hat auch eine verstärkte Dezentralisierung der EZ zur Folge (Thiel, 1999).

Nach wie vor ist die Kohärenz der EZ mit anderen Politiken ein zentraler Diskussionspunkt. Es ist darauf zu achten, dass die durch EZ geleistete Aufbauarbeit von anderen Politiken nicht unterminiert oder wieder aufgehoben wird. Im Rahmen der Agrar- und Handelspolitik werden z.B. Exporte von Agrargütern in Entwicklungsländer mit Hilfe von EU Exporterstattungen gefördert, die die lokalen Produktmärkte innerhalb des Entwicklungslandes empfindlich stören und einheimisch produzierte Produkte vom Markt verdrängen. Um einen nachhaltigen Erfolg von EZ sicherzustellen, sind diese durch andere politische Maßnahmen verursachten Verzerrungen zu vermeiden.

Aufgrund der Vielschichtigkeit und Komplexität der Entwicklungsprobleme ist eine Schwerpunktsetzung in der EZ erforderlich. Schwerpunkte sind anhand von klar definierten Kriterien zu setzen. Zu den Kriterien zählen:

- Komparative Vorteile: EZ muss das leisten, was von nationaler Politik nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße oder nur zu sehr hohen Kosten geleistet werden kann;
- Komplementarität: EZ muss zur Verfügung stellen, was vom Staat oder privaten Institutionen nicht berücksichtigt wird, weil private und soziale Kosten-Nutzen-Relationen divergieren;
- Subsidiarität: EZ sollte nur die Aufgaben übernehmen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten wie der Staat oder die lokalen Akteure nicht in der Lage sind. Der Eigenverantwortung, Privat- und Selbsthilfe sollte hierbei prinzipiell Vorrang gegeben werden.

Aus diesen Kriterien lassen sich drei Schwerpunkte für die EZ ableiten: Bereitstellung öffentlicher Güter, Stärkung und Schaffung von Institutionen und Förderung von Innovation.

3.2 auf öffentliche Güter konzentrieren

Zur nachhaltigen Armutsbekämpfung ist die Rolle der EZ direkt und indirekt auf die Erhaltung, Pflege und Bereitstellung öffentlicher Güter zu konzentrieren, die für die Armen und Benachteiligten von besonderer Relevanz sind. Zu diesen öffentlichen Gütern zählen primär die Beratung verschiedener Akteure wie der Regierung, Verbände oder Gewerkschaften zur Schaffung von Bedingungen für stabiles Wirtschaftswachstum, die Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsleistungen, Wissen und Technologien für Produktivitätssteigerungen sowie die Förderung von Investitionen in Forschung (z.B. Agrarforschung und Technologieentwicklung im Interesse der Millionen Kleinbauern). Soweit der Staat oder private Unternehmen diese öffentlichen Güter nicht hinreichend zur Verfügung stellen können, ist die EZ gefragt. Welche öffentlichen Güter auf welcher Ebene (global, regional, national oder kommunal) und von wem über welche Mechanismen bereitzustellen oder durch Investitionen und Politiken zu fördern sind, wie Kosten geteilt, und wie mit externen Effekten „fair“ umzugehen ist, werden auch in Zukunft zentrale theoretische Fragen der Entwicklungszusammenarbeit bleiben. Entwicklungsrelevante Aspekte der internationalen Umweltpolitik sind hierbei einzubeziehen.

3.3 auf Stärkung und Schaffung von Institutionen konzentrieren

Problemadäquate Wahl und Ausstattung von markt- und nichtmarktmäßigen Institutionen dient der effizienten Nutzung von Ressourcen. Hier besteht ein besonderer Schwerpunkt für die EZ. Dabei ist zu beachten, dass die Schaffung von Institutionen weder kurzfristig erreichbar noch budgetär „billig“ ist (z.B. Schaffung von Rechtssystemen). Die Schlüsselrolle von institutionellen Regelungen - nicht bürokratischen Organisationen - ist in der EZ lange vernachlässigt worden. Die Schaffung von tatsächlich effizient funktionierenden Märkten, insbesondere in den Transformationsländern, und die Integration der ca. 440 Millionen kleinstbäuerlichen Subsistenzwirtschaften in die Marktwirtschaft sollten dabei besondere Priorität haben (von Braun and Kennedy, 1995; Wehrheim et al., 2000).

3.4 auf technologische Innovationen konzentrieren

Armutszureduzierende Entwicklung ist auch vor allem eine Frage umfassender Produktivitätssteigerung. Dazu ist technologischer Fortschritt Voraussetzung. Innovation setzt Bildung voraus und lässt sich unter Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschleunigen. Für die EZ geht es hier nicht nur um Technologietransfer, sondern um den Aufbau von Bildungs- und Forschungssystemen und diesbezüglichen Kapazitäten in den Entwicklungsländern.

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit

Angesichts der besonderen Probleme der EZ im Kontext von Krisen und Konflikten und der humanitären Rolle von EZ diskutieren wir zudem diesbezügliche Anforderungen an die EZ, die sich in ihrer Schwerpunktsetzung letztlich auch aus diesen Kriterien ableiten lassen. Dabei muss in die Überlegung einbezogen werden, dass die Masse der Armen im ländlichen Raum lebt.

4 Themenschwerpunkte zukünftiger EZ

Angesichts der Vielschichtigkeit der Frage nach der Zukunft der EZ konzentrieren wir uns im folgenden Teil des Beitrags auf Aspekte und Themenbereiche, die vor dem Hintergrund der o.g. Schwerpunkte - Konzentration der EZ auf öffentliche Güter, auf Institutionen, auf Innovation - gegenwärtig prioritär erscheinen. In der Diskussion über die strategische Rolle der internationalen EZ werden die folgenden Themenbereiche aufgegriffen:

- „good governance“ und Rechtssicherheit,
- Umwelt- / Sozialstandards und Welthandelsbeziehungen,
- Informations- und Kommunikationstechnologien für Entwicklung,
- Förderung von Partizipation und Bildung von Sozialkapital,
- Rolle der EZ in der Lösung und Prävention von Krisen und Konflikten.

Alle fünf Bereiche beeinflussen Globalisierungsprozesse bzw. unterliegen ihnen und haben wesentliche Auswirkungen auf die angemessene Gestaltung von EZ. In allen fünf Bereichen liegen aber auch Aspekte, die zu Bedächtigkeit bei der konkreten Ausfüllung der Themenschwerpunkte zwingen.

4.1 Good governance und Rechtssicherheit

Die Konzentration auf die Bereiche 'governance' und Rechtssicherheit leiten sich unmittelbar aus den entwickelten Kriterien für die Gestaltung einer zukünftigen EZ ab. Die Produktion öffentlicher nationaler wie internationaler Güter, die Schaffung wettbewerbsfähiger von technologischen Innovationen sind eng an die Bereitschaft der Regierung des Empfängerlandes gekoppelt, sich in den Bereichen zu engagieren, in denen die anderen Akteure aufgrund fehlender Anreize nicht oder nicht ausreichend aktiv sind.

Das Thema „good governance“ ist untrennbar mit der Frage nach der Rolle des Staates im Entwicklungsprozess verbunden und wie der Staat sein Leistungsvermögen erhöhen kann. Eine besondere Rolle kommt dabei insbesondere in größeren Ländern der *Dezentralisierung* von Zuständigkeiten für Investitionen in öffentliche Gelder und Allokation von Steuermitteln zu. In einer Reihe von Regionen und Ländern lässt sich heute eine vermehrte Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen von der nationalen auf die lokale Ebene beobachten, so in Lateinamerika, in Teilen Afrikas (Äthiopien, Ghana), in Asien (Indien, China), sowie innerhalb Russlands. Die tatsächliche Nutzung und Umsetzung dieser Spielräume setzt jedoch vermehrte Einflussnahme breiter Bevölkerungsschichten auf die politischen Entscheidungsprozesse voraus

und zugleich tatsächlichen Zugang zu Ressourcen auf regionaler Ebene, also nicht nur politische, sondern auch finanzielle Dezentralisierung.

Dezentralisierung hat in aller Regel Implikationen für Transfers zwischen der zentralen staatlichen Entscheidungsebene und den Regionen und sollte daher im Rahmen der oben geforderten neuen Definition von EZ berücksichtigt werden. Der EZ ist mit dem Bedarf an Training für effektive Regierungsführung auf der dezentralen Ebene eine große Aufgabe zugewachsen. Zugleich zwingt Dezentralisierung die typischerweise zwischenstaatliche Kooperation der EZ zu überdenken und offeriert Kooperationsmöglichkeiten zwischen neuen Akteuren. Dezentralisierung löst aber auch vermehrte Konkurrenz zwischen Regionen aus, die sich positiv auf das Investitionsklima auswirken kann. Grundsätzlich gilt, dass verschiedene öffentliche Güter auf verschiedenen dezentralen Ebenen bereitzustellen sind (Sicherheit, Rechte, Bildung, öffentliche Gesundheit, Infrastruktur).

Dezentralisierung kann allerdings auch regionale Ungleichheiten verstärken, da die relativ reicheren Regionen in der Lage sind, höhere Steuereinnahmen zu erheben und somit bessere Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang ist die Etablierung eines funktionierenden interregionalen Finanzausgleichs wichtig. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich Armut in den peripheren Regionen verstärkt und Tendenzen zur Desintegration zunehmen.

Die Vorteile von Dezentralisierung werden auch von der vorherrschenden Machtstruktur in einer Region bestimmt. Ist die Macht gleichmäßig auf viele Akteure verteilt, so kann von positiven Externalitäten für große Bevölkerungsanteile in der Region ausgegangen werden. Besteht eine lokale Elite, so kann Dezentralisierung auf Kosten einer breiten Bevölkerung zu einer Stärkung dieser Elite beitragen. Es geht somit nicht um maximale, sondern um optimale Dezentralisierung, die auch vom Entwicklungsstand eines Landes bzw. einer Region abhängt. Ebenso geht es darum, eine optimale Balance zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft zu finden. Wird die Zivilgesellschaft zu stark, dann bricht die Gesellschaft zusammen, wie es in Jugoslawien, im Libanon oder in Sri Lanka zu beobachten war.

Der optimale Dezentralisierungsgrad in einer Region wird auch von der Art der Aktivitäten bestimmt. Handelt es sich um Aktivitäten wie monetäre Aufsicht, Stärkung der Menschenrechte einer Gruppe von lokal Benachteiligten oder andere Rechtsentscheide, so ist zentrale Gewalt nach wie vor von Bedeutung. Zentrale Regierungsgewalt ist somit mit partizipativen Aktionen von lokalen oder regionalen Institutionen zu kombinieren.

Ein *funktionsfähiges Rechtssystem* ist mitentscheidend für effiziente Märkte und das Investitionsklima in einem Land. In neueren Analysen ragt die Bedeutung von Rechtssicherheit und möglichst geringer Verbreitung von Korruption heraus (Brunetti et al., 1997). Wenn Nigeria sein Niveau an Korruption zumindest an das Niveau von Argentinien angepasst hätte, wäre die Investitionsrate von 16 auf über 19 % des Sozialproduktes angestiegen. Auch die zunehmend in

den Blickpunkt geratene Entwicklung einer öffentlich-privaten Partnerschaft – public private partnership – zur Produktion von öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit, aber auch Umweltgütern, ist maßgeblich auf Rechtssicherheit angewiesen. Nur so können sich die einzelnen Akteure - Staat, private Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft - auf die Einhaltung von Verträgen und zugesagten Leistungen verlassen

Fernandez, 1998). Dies unterstreicht, dass die Reduzierung institutioneller Ungewissheiten einen erheblichen Effekt auf die ökonomische Entwicklung hat. Die Globalisierung mit ihrer Bedeutung für Standortkonkurrenz um ausländische Direktinvestitionen bietet somit einen positiven Anreiz, wenn nicht sogar Druck, die Rechtssicherheit zu verbessern, Korruption zu bekämpfen und außenwirtschaftlich stabile Rahmenbedingungen zu schaffen.

4.2 Umwelt- / Sozialstandards und Handelsbeziehungen

Die im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) verfolgte weltweite Handelsliberalisierung spielt für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine bedeutende Rolle. Der Welthandel stieg in den letzten 10 Jahren dreimal so stark an wie die weltweite Produktion. Der mit steigendem Welthandel einhergehende zunehmende Wettbewerb hat die einzelnen exportierenden Länder zu einem effizienteren Einsatz ihrer natürlichen Ressourcen und zu Produktivitätssteigerungen veranlasst. Ob dieser effizientere Einsatz letztlich positiv oder negativ auf die Umweltbilanzen eines Landes wirkt, wird jedoch heftig diskutiert. Die EZ kann dazu beitragen, mögliche Zielkonflikte zu entschärfen. Eine besondere Verantwortung hat sie bei beispielsweise der Luftverschmutzung. Die Produktion des internationalen Gutes „saubere Luft“ geht die gesamte Staatengemeinschaft an. Ähnliches gilt für die Diskussion um die Einführung von Sozialstandards. Die Frage, mit welchen Politiken auf welcher Ebene den sozialen Problemen, wie beispielsweise der Kinderarbeit, am besten beizukommen ist, bedarf eingehender Analysen. Hier kann die internationale EZ komplementär zu nationalen Politikanstrengungen wirken.

Für die Entwicklungsländer bedeutet die Öffnung der Märkte, insbesondere der Agrarmärkte, gegenüber den Industrieländern die Möglichkeit, vermehrt exportieren zu können und Deviseneinnahmen zu erzielen. Durch den weitergehenden Abbau hoher Protektionsraten wird es ihnen ermöglicht, sich auf die Verarbeitung und Veredlung ihrer Rohprodukte zu konzentrieren. Bei einem Viertel der Entwicklungsländer lag der Anteil der Agrarexporte in den frühen 90er Jahren bei mehr als zwei Drittel ihrer jeweiligen Gesamtexporte. Meist sind sie vom Export nur einzelner Agrarprodukte abhängig. Die Handelsliberalisierung ermöglicht somit vielen Entwicklungsländern eine tiefere Integration in den Weltmarkt und eine aktive Beteiligung am Welthandel. In den Ländern, in denen die Nachfrage nach Nahrungsmitteln die ersteigt, ermöglicht der Handel, dass ausreichend Nahrungsmittel importiert werden können. Ohne Handel müssten inländische Produktionsschwankungen über kostenintensive Lagerhaltung abgesichert und/oder über den Verbrauch ausgeglichen werden, was zu Nahrungsmittelknappheiten in dem Land führen könnte.

Im Rahmen der Handelsliberalisierung wird von Industrieländern befürchtet, dass diese nicht nur zu einer Zerstörung der Umwelt und natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern führt, sondern auch zur Ausbeutung der Arbeitnehmer, insbesondere von Kindern. Das zunehmende Interesse an den Themen Umwelt- und Sozialstandards in Industrieländern im Rahmen von Handelspolitik in den letzten Jahren beruht aber auch auf der Tatsache, dass sich einzelne Länder aufgrund substantieller Reduzierungen von traditionellen Handelsbarrieren einem zunehmenden Wettbewerbsdruck von außen ausgesetzt sehen. Produzenten in den Industrieländern kritisieren zunehmend, dass sie aufgrund der hohen inländischen Umweltauflagen und hoher Sozialstandards zu höheren Produktionskosten produzieren müssen und somit auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig seien. Es werden somit Subventionen bzw. Zollschränken zum Ausgleich gefordert.

Andererseits besteht bei den Produzenten in Entwicklungsländern die Sorge, dass sie den Zugang zu Märkten in Industrieländern verlieren, indem hohe Standards zu protektionistischen Zwecken missbraucht werden. Zur Durchsetzung von höheren Umwelt- und Sozialstandards und globalen Umweltschutzinteressen werden Handelssanktionen von seiten vieler Industrieländer gefordert. Allerdings sind Handelsmaßnahmen aus Umweltschutzinteressen nicht mit dem GATT vereinbar.

⁶ Siehe hierzu auch den Artikel über Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen auf die Agrarentwicklung von Grote und Feldbrügge (1999).

Dies zeigte die Entscheidung zu den Delphin/Thunfisch- und Schildkröten/Garnelen-Streitfällen⁷. Durch diese Entscheidungen trägt das GATT dazu bei, dem Missbrauch von Umweltschutzaspekten für protektionistische Zwecke vorzubeugen. Auch im Sozialbereich ist der Einsatz von Handelsmaßnahmen zur Durchsetzung von besseren Arbeitsbedingungen nicht konform mit WTO-Prinzipien. Handelssanktionen tragen nicht zur Lösung von den in einem Entwicklungsland bestehenden Sozialproblemen, sondern eher noch zu einer Verschärfung bei (Grote et al., 1998). Es ist also nach alternativen Lösungsansätzen zu suchen, die die eigentlichen Ursachen der Umwelt- und Sozialprobleme in Entwicklungsländern bekämpfen.

Multilaterale Umweltabkommen haben z.B. im Bereich des FCKW oder bei der Entsorgung gefährlicher Abfallstoffe zu Lösungen im Umweltbereich geführt. Die Kennzeichnung von umweltfreundlich erzeugten Produkten durch Ökokennzeichen zeigt ebenfalls positive Resultate (Grote et al., 1999). Im Sozialbereich allerdings kann sich die Einführung von Labels negativ auf die Wohlfahrt der Arbeitnehmer, insbesondere der Kinder, auswirken (Basu et al., 1999). Statt mittels Sanktionen oder Labels auf die Nachfrage nach Kinderarbeit zu wirken, sollte den ökonomischen Bestimmungsfaktoren des Angebotes von Kinderarbeit, wie dem Zugang zu Schulen oder Schulspeisungsprogramme, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Trotz des vorläufigen Scheiterns der WTO-Verhandlungen in Seattle ist auf eine weitergehende Liberalisierung des Handels hinzuwirken. Eine stärkere Beteiligung der am wenigsten entwickelten Länder an den Verhandlungen ist dabei entscheidend. Es besteht die Notwendigkeit, dass die Industrie- und Entwicklungsländer politisch enger kooperieren, damit aus unterschiedlichen nationalen Umweltpolitiken und Standards keine Handelshemmnisse entstehen. Globale Umweltprobleme sind im bilateralen Verhältnis oder durch Verhandlungen auf internationaler Ebene zu lösen. Es müssen positive Anreize gefunden werden, die die Entwicklungsländer zu einem angemessenen Einsatz für den Umweltschutz animieren. Zugleich ist es notwendig, dass die Industrieländer ihre Agrarmärkte öffnen und nicht durch neue protektionistische Maßnahmen Liberalisierungserfolge unterminieren. Die Herausforderungen, die sich durch die Neugestaltung von globalen Rahmenbedingungen ergeben, erfordern „global governance“ (Thiel, 1999). Dies gilt auch für die global koor Verschuldungsproblems unter Berücksichtigung transparenter Kriterien des armutsorientierten, wachstumsfördernden Schuldenerlasses.

Da die Folgen von Handelsliberalisierung auf nationaler, regionaler und Haushaltsebene oft länderspezifisch sind, besteht zusätzlich ein großer Bedarf an Wirkungsanalysen, wie z.B. Umweltverträglichkeitsprüfungen und sozio-ökonomischen Studien, auf deren Grundlage

⁷ In beiden Fällen wurden Fangmethoden für Thunfisch bzw. Garnelen verwendet, die zu einem unverhältnismäßigem Sterben von Delphinen bzw. Schildkröten führten. Beide Panel, die im Rahmen des Streitschlichtungsverfahrens einberufen wurden, kamen zu dem Schluss, dass importierte Produkte zwar den einheimischen Produkten gleichzustellen sind; Vorschriften über Produktionsprozesse im Import- und Exportland müssen allerdings nicht übereinstimmen, sofern die Eigenschaften der Produkte nicht verändert werden. Somit wurde gegen das Einfuhrverbot von Thunfisch bzw. Garnelen entschieden.

weitergehende Politikreformen sowie EZ durchgeführt werden sollte. Insofern ist z.B. die Frage zu stellen, inwieweit Handelsliberalisierung in einem Land oder einer Region zu Intensivierung der Landwirtschaft mit abnehmender Belastung von fragilen Naturräumen (Berggebiete, Feuchtgebiete) oder aber zu einer zunehmenden Erschließung und Kultivierung bisher unberührter oder kaum genutzter Naturräume mit negativen externen Effekten führt.

4.3 Informations- und Kommunikationstechnologie für Entwicklung

Internationale EZ wird in Zukunft eher zunehmende sektorale Kompetenz benötigen. Kompetenz tritt demgegenüber zurück. Informations- und Kommunikationstechnologien sind die technologische Grundlage der ‚Globalisierung‘. Sie spielen in Industrie- und Schwellenländern im Wechselspiel mit globalen Wirtschaftsverflechtungen eine immer bedeutendere Rolle (Bedi, 1999). Dabei zeigt sich, dass die digitale Revolution einen positiven Beitrag zur Armutsreduzierung und damit zu dem zentralen Ziel der EZ leisten kann (Bayes et al., 1999). Die Entwicklung und Diffusion technologischer Innovationen als Voraussetzungen für erforderliche Produktivitätssteigerungen hängt zunehmend von der technischen Infrastruktur ab. Weiterhin können moderne Informations- und Kommunikationstechniken bestehende Verfahren der Bereitstellung von öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit erheblich verbessern, wenn die Kosten für die Bereitstellung von Informationen (z.B. über Krankheitsverläufe und ihre Behandlungsmöglichkeit) deutlich sinken. Neben dem Transfer von Technologien sollte die EZ daher v.a. den Aufbau von Bildungs- und Forschungssystemen fördern.

Auf nationaler wie auf internationaler Ebene werden seit Mitte der 80er Jahre große finanzielle und organisatorische Anstrengungen unternommen um die technische Infrastruktur stetig zu verbessern (etwa ISDN, ATM, Mobilfunk, Satellitentechnologie). Davon werden auch zunehmend Entwicklungsländer erfasst. Eine strategische Position der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu diesem Thema fehlt aber bislang. Unmittelbare Konsequenz der Agenda 21 war die Initiative 'Netzwerkentwicklung' des UNDP, die gerade die ärmsten Länder bei der Implementierung von Technologien für wirtschaftliches Wachstum unterstützen sollte. Mit ihrer Hilfe konnte beispielsweise eine Reihe von Hauptstädten in Entwicklungsländern an das weltweite Datennetz angebunden werden.

Im Zuge dieser Trends liberalisieren und privatisieren auch viele einkommensschwache Länder ihre Telekommunikationsmärkte und öffnen diese für ausländische Investoren. Als Folge dieser Entwicklungen gelang es beispielsweise Ländern wie Senegal, Bolivien oder Bangladesch, ihre Telefonanschlusssdichten um 10-15 % pro Jahr zu erhöhen. Insbesondere in den Haupt- und Großstädten dieser Länder betreibt mittlerweile eine stetig steigende Zahl von Kleinunternehmern unter Lizenz der Betreiber Telefonläden, die großen Teilen der Bevölkerung so Zugang zu Telekommunikationsdienstleistungen ermöglichen. Auf ähnliche Weise finden auch Mobilfunk und Internet mehr und mehr Verbreitung, z.B. in China und Indien. Die

jährliche Verdoppelung von Mobilfunkabonnements bzw. Internetzugängen ist - auf geringer Ausgangsbasis - in vielen Entwicklungsländern keine Seltenheit.

Diese positiven Entwicklungen beschränken sich jedoch weitestgehend auf die großen Verdichtungsräume. In ländlich geprägten Regionen liegen aufgrund der geringen Bevölkerungs- und Siedlungsdichte die Kosten für Anschaffung, Erschließung, Nutzung und Wartung der Telekommunikationsinfrastruktur wesentlich über denen der urbanen Zentren. Dies bedeutet für diese Regionen eine doppelte Benachteiligung, da Nutzungsgebühren sowie Hard- und Softwarekosten in den meisten Entwicklungsländern ohnehin um ein Vielfaches über denen der Industrieländer liegen. Letzteres wird durch ausbleibende Skaleneffekte, strenge Einfuhrzölle sowie – im Fall der Internetnutzung - notwendige Fernverbindungen zu Internet-Service-Providern verursacht. Zusätzlich bieten das niedrige Pro-Kopf-Einkommen in ländlichen Regionen und der hohe Investitionsbedarf wenig Anreize für Investitionen im ländlichen Raum. Als Folge ist dieser von schlechter infrastruktureller Ausstattung im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur besonders betroffen, so dass sich beispielsweise im ländlichen Afrika durchschnittlich 1600 Einwohner einen Telefonanschluss teilen⁸.

Erfahrungen aus Süd- und Mittelamerika sowie Asien zeigen jedoch, dass Informations- und Kommunikationstechniken gerade auch für arme Bevölkerungsgruppen große Potentiale bieten: Transaktions- und Informationskosten für Haushalte und Kleinunternehmer werden reduziert und eine verbesserte Marktintegration gefördert. Sie erlauben ein verbessertes Wissensmanagement im staatlichen und privaten Sektor, beispielsweise in Bereichen der Gesundheitsfürsorge und Bildung. Sie ermöglichen eine intensivere Kommunikation und erleichtern damit Partizipationsprozesse sowohl von Armutsgruppen als auch von Organisationen der Zivilgesellschaft (Bayes und von Braun, 1999). Informations- und Kommunikationstechnologien für Arme direkt zugänglich zu machen und ihre Potenziale für Armutsreduzierung indirekt zu nutzen, ist prädestiniert für „Public - Private Partnership“ der EZ, die aber noch nicht hinreichend verfolgt wird.

4.4 Förderung von Partizipation und Bildung von Sozialkapital

In der entwicklungspolitischen Diskussion ist es mittlerweile breiter Konsens, dass die Partizipation gesellschaftlicher Akteure an Entscheidungsprozessen und ihrer Implementierung maßgeblich die Chancen auf eine nachhaltige Entwicklung erhöht. Sowohl Partizipation als auch Sozialkapital können eine Art Katalysatorfunktion zur Produktion wichtiger öffentlicher Güter wahrnehmen. Für die EZ ist es daher wichtig, die Rahmenbedingungen für Partizipation zu verbessern, denn dies ist eine Voraussetzung für die Entwicklung von funktionierenden Institutionen (v.a. auf der lokalen Ebene) sowie Förderung von Demokratie.

⁸ Zum Vergleich: In Europa und den USA teilen sich im Mittel zwei Einwohner einen Telefonanschluss (Afemann, 1997; Butterly, 1998; Jensen, 1998).

Der Begriff „Partizipation“ umfasst sowohl das Teilnehmen wie die Teilhabe aller beteiligten Gruppen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Projekte mit partizipativem Charakter erfolgreicher sind als ohne (Weinberger, 2000; Narayan, 1995; Finsterbusch und Van Wickelin, 1989). Die Produktion lokaler öffentlicher Güter in Entwicklungsländern wie beispielsweise der Gesundheitsversorgung und Bildung erfolgt oftmals durch Organisationen der Zivilgesellschaft, wie beispielsweise Robinson und White (1997) anhand der Gesundheitsversorgung afrikanischer Länder nachgewiesen haben. In diesem Zusammenhang ist für eine verstärkte Partnerschaft zwischen dem Staat, Organisationen der Zivilgesellschaft und privaten Unternehmen zu plädieren, um gleichzeitig lokale Informationen und das Potential von Risikostreuung zu nutzen (Jütting, 1999a, 1999b). Eine vermehrte Partizipation von Individuen und Gruppen ist aber nicht zum Nulltarif zu haben, sondern kann zu relativ hohen Kosten für die Teilnehmer führen. Untersuchungen zeigen (u.a. Weinberger, 2000), dass das Partizipationsverhalten von Individuen durch eine Kosten-Nutzen-Kalkulation determiniert wird. Der Kostenaspekt von Partizipation ist jedoch lange Zeit in der Projektgestaltung vernachlässigt worden, ist aber bestimmend für die Teilnahme unterschiedlicher Einkommensgruppen. So zeigen Weinberger und Jütting (1999) in einer Studie über das Partizipationsverhalten von Frauen in Entwicklungsprojekten im Tschad und Pakistan, dass es für arme Frauen aufgrund hoher Opportunitätskosten oft nicht interessant ist, an Projekten teilzunehmen.

Die EZ sollte mithelfen, Partizipationskosten von Armen, insbesondere von Frauen, zu senken, und zwar u.a. durch die Förderung von arbeitssparenden Technologien. Die Bereitstellung billiger und effizienter Kerosinöfen und die Schaffung eines verbesserten Zugangs zu Wasser tragen dazu bei, Zeitaufwand zu reduzieren. Die dadurch geschaffenen Freiräume ermöglichen den Frauen stärker als bisher an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Umweltprobleme, die durch das Abholzen von Wäldern oder durch Erosion entstehen, könnten durch solche Maßnahmen ebenso reduziert werden.

Zwischen Partizipation und Sozialkapital besteht ein enger Bezug. Das Angebot an Partizipation und die effektive Nachfrage nach ihr ist u.a. eine Funktion des Sozialkapitalstockes und seiner Zusammensetzung. Sozialkapital bezeichnet im Kern ökonomisch relevante Attribute, die die sozialen Beziehungen zwischen Individuen, die einer Gruppe oder Netzwerken angehören, charakterisieren: Vertrauen, Normen, soziale Verbundenheit (Putnam, 1993)⁹. Der Beitrag von Sozialkapital zu Erhalt, Pflege oder Bereitstellung öffentlicher Güter kann auf vielfältige Art und Weise erfolgen. Eine verbesserte Kooperation durch Sozialkapital kann zu einer verantwortungsbewussteren Nutzung öffentlicher Güter führen, zu einer schnelleren Verbreitung von Innovationen beitragen und Transaktionskosten senken (Ostrom, 1990). Ein verbesserter Informationsfluss sowie Vertrauen zwischen Marktteilnehmern kann wiederum zu wirtschaftlichen Aktivitäten führen, die ohne die Existenz von Sozialkapital aufgrund hoher Informations- und Kontrollkosten gar nicht durchgeführt würden. Dies gilt vor allem für

⁹ In der Literatur gibt es zahlreiche unterschiedliche Definitionen von Sozialkapital. Einen interessanten Überblick geben Robinson et al. (1999).

zahlreiche informelle Spar-, Kredit-, und Versicherungsformen in ländlichen Räumen (Bhatt und Tang, 1998). Sozialkapital ist eine wesentliche Ressource von armen Haushalten, die jedoch im Falle von Einkommensschocks nicht mehr in gleichem Umfang zur Verfügung steht (Moser, 1998). Cross et al. (1999) argumentieren vor diesem Hintergrund, dass arme Haushalte auch deshalb arm sind, weil sie kaum Zugang zu Sozialkapital haben.

Für die EZ ist somit wesentlich, vorhandenes Sozialkapital zu identifizieren und Synergieeffekte zwischen Staat, privaten Unternehmen und gesellschaftlichen Organisationen, z.B. bei der Bereitstellung öffentlicher Güter, zu fördern. Institutionelle Erfahrungen, andernorts oder historisch getestet, mögen durchaus hilfreich sein. Ob allerdings internationale EZ besonders berufen ist, zur Bildung von Sozialkapital beizutragen, das oft gruppen-, nationen- und standortspezifisch ist, darf bezweifelt werden. Diese Frage kann nur am konkreten Fall beantwortet werden. In der Regel mögen nationale Akteure in den betreffenden Ländern eher prädestiniert sein, Sozialkapitalbildung zu fördern. Die EZ kann dafür aber effizienzsteigernde Mittel bereitstellen (Kanbur et al., 1999).

4.5 Konflikte umgestalten und gewalttätige Krisen vermeiden

Entwicklungserfolge werden oft durch Kriege und gewalttätige Konflikte ruiniert und verhindert. Dies ist für sich genommen noch kein ausreichender Grund, warum sich zukünftige EZ verstärkt diesem Aspekt widmen sollte. Entscheidend ist vielmehr, dass EZ einen komparativen Vorteil bei der Bewältigung von innerstaatlichen oder transnationalen Konflikten und Krisen haben kann. Dabei geht es in erster Linie um Konfliktvermeidung und den Aufbau von Institutionen wie einem funktionierendem Rechtssystem. Letzteres ist jedoch auch Voraussetzung für eine Konfliktbewältigung, wie sich aktuell am Beispiel Kosovo oder Ruanda zeigt.

In der Menschheitsgeschichte sind Konflikte und Krisen nichts Neues und das gilt heute insbesondere, aber nicht nur, für Afrika. Während der letzten beiden Jahrzehnte ist ein Anstieg der Anzahl an Katastrophen und Konflikten, Katastrophenopfern und Betroffenen sowie des Schadensausmaßes in Entwicklungsländern zu beobachten. Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass diese Trends sich abschwächen werden. Die beobachtete Zunahme der humanitären Katastrophen ist vor allem das Ergebnis wachsender Konflikte, politischer Instabilität und ökonomischer Verletzlichkeit. Sie könnte in Zukunft aber auch vermehrt von einer Zunahme von Naturkatastrophen und knappen natürlichen Ressourcen wie Wasser ausgelöst werden (z.B. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen, 1996; Bächler et al., 1993). Die ökonomischen und ökologischen Ursachen und Konsequenzen von Katastrophen erfordern vermehrte Aufmerksamkeit. Dabei ist davon auszugehen, dass viele Katastrophen Resultate langfristiger krisenhafter Prozesse sind.

Die Zerstörung von Entwicklungserfolg und die Verschwendung von Ressourcen für Konfliktaustragung führen zu reduzierter Bereitschaft, EZ zu unterstützen. Zudem belastet im Konfliktfall die erforderliche humanitäre Hilfe die Entwicklungsetats. Deshalb wird vermehrt gefordert, dass Entwicklungspolitik der Prävention von Konflikten dienen soll, zumal dies eilhaft sei. Die konkrete Umsetzung der Zielsetzung lässt sich auch aus den eingangs genannten Prinzipien (Konzentration der EZ auf öffentliche Güter, Institutionen, Innovation) ableiten, denn Aktivitäten in diesem Bereich stehen den o.g. Schwerpunkten good governance und verbessertes Sozialkapital nahe. Kohärenz mit anderen Politikbereichen, insbesondere der Sicherheits- und Außenpolitik, ist dabei eine Voraussetzung. Während auf den ersten Blick entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung in diesem Bereich besonders überzeugen mag, werden bei näherer Eingrenzung konzeptioneller Aspekte und Fragen der Umsetzung erhebliche Schwierigkeiten deutlich.

Politische und gesellschaftliche Konflikte, Krisen und Katastrophen sind als Kontinuum zu verstehen. Konflikte sind notwendiger Bestandteil individueller und gesellschaftlicher Wechselbeziehungen. Sie werden erst durch eine hohe Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Austragung zur Krise. Eine Krise bezeichnet eine Situation, in der ein Krieg oder eine gewaltsame Vertreibung unmittelbar bevorsteht und ist somit zwischen Konflikt und Krieg anzusiedeln (Billing, 1992; Wissing, 1995). Krieg und Vertreibung sind Formen der Konfliktaustragung, bei der die Gruppierungen ihre Ziele und Interessen mit "organisierter kollektiver Waffengewalt" durchsetzen wollen (Gantzel und Schwinghammer, 1995). Krisen werden zu Katastrophen, wenn die Auseinandersetzungen die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft so sehr beeinträchtigen (mit Verlusten an Menschenleben, Sachwerten oder rbunden), dass ihre Folgen aus eigener Kraft bestenfalls nur sehr langfristig überwunden werden können.

Zwei Sichtweisen, bezogen auf Konflikte, sollten aus entwicklungspolitischer Sicht stets einander gegenübergestellt werden:

1. Konflikte *verhindern* wirtschaftliche Entwicklung, und zugleich macht mangelhafte wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung Länder und Gesellschaften für Konflikte anfälliger.
2. Konflikte *bieten Chancen* für entwicklungswirksame politische Umgestaltung und zu ökonomischer Transformation sowie institutioneller Innovation.

Die entwicklungspolitische Diskussion hängt vor allem der ersten Perspektive an. Allerdings gibt es auch eine Vielzahl von Hinweisen, dass die zweite Perspektive sehr entwicklungsrelevant ist (von Braun und Feldbrügge, 1998). Aus einer Krisensituation heraus können durchaus positive Entwicklungen angestoßen werden. Ein solcher Entwicklungspfad hat historisch z.B. aus (Hunger-)Krisen in einzelnen Ländern zu verbesserten öffentlichen Programmen geführt und schließlich in eine Gesetzgebung eingemündet, die Hungerkrisen

verhindert. Die 'Famine Codes' in Indien sind ein Beispiel für solche Entwicklung, und Botswanas erfolgreiche Bekämpfung von Hunger in Dürresituationen zeigt, dass ähnliches in . Konflikte können somit in einigen Fällen wünschenswert sein. Man kann sogar noch weitergehen und Konflikte, oder zumindest einige Formen davon, als eine Säule von demokratischen Gesellschaften bezeichnen. Konflikte können die Gesellschaft mit Sozialkapital versorgen, das notwendig ist, um sie zusammenzuhalten.

Die Maßnahmen der EZ zur Konfliktprävention können nicht auf die technische Bewältigung von Konflikten beschränkt sein, sondern müssen zugrunde liegende Ursachen umfassend berücksichtigen. Die EZ muss sich dabei allerdings ihrer beschränkten Rolle bewusst sein. Dabei kann die EZ-unterstützende Forschung einen sinnvollen Beitrag leisten und entwicklungspolitische Fehlinvestitionen verhindern helfen.

Kriege und Krisen unterminieren die 'Humanressourcen' nachhaltig. Dies sind sehr langfristige Effekte, wenn nicht interveniert wird. In Krisen und Katastrophen muss die Erhaltung und Förderung der Produktivität der Menschen im Zentrum der Entwicklungskooperation stehen. Dies ist sowohl humanitär geboten vernünftig. Bei der Nothilfe geht es somit aus ökonomischer Sicht auch schlicht um die Erhaltung der Option auf Entwicklung für eine Generation. Das Kriterium 'die Rahmenbedingungen müssen stimmen, sonst lohnt sich EZ nicht' (Dollar et al., 1998), vernachlässigt diesen langfristigen Aspekt. Allerdings hat selbst die Nothilfe, wie z.B. die Sicherung der Ernährung und medizinische Nothilfe ihre Grenzen, nämlich dann, wenn sie aktiv von den Kriegsparteien für ihre Zwecke ausgenutzt wird und damit verlängertes größeres Leid zur Folge hat. Allerdings ist diese Konsequenz auch im afrikanischen Kontext selten gegeben.

Als Fazit sei betont: Während humanitäre Hilfe alle Opfer und Betroffenen gleichbehandeln muss, ist Gleichbehandlung von Krisentypen unterschiedlicher Art durch die Entwicklungspolitik unsachgemäß. Krisenlagen mögen unter Umständen die Bereitschaft stärken, Wandel zu tolerieren und Änderungen durchzuführen. Kriterien für chancenträchtige Veränderungen aus einer Krisensituation heraus sind besonders dann erfüllt, wenn bereits Institutionen in Richtung partizipativer oder demokratischer Strukturen existiert haben.

5 Zusammenfassende Folgerungen

Die traditionell definierte internationale EZ verzeichnete in den 90er Jahren einen starken finanziellen Rückgang. Als Gründe für diese Entwicklung dürften gelten, dass neben dem Verlust der strategischen Bedeutung nach dem Ende des Kalten Krieges, einer verbreiteten - teilweise ungerechtfertigten - Ernüchterung über mangelnde Erfolge sowie Sparmaßnahmen in den Geberländern, die *EZ zunehmend in Konkurrenz zu anderen Themen* steht und von einem Wandel *internationalen Altruismus* betroffen ist. Beide Aspekte erfordern diesbezügliche Reaktionen der Entwicklungspolitik; zum einen sind innovative, entwicklungspolitische Informationsstrategien zu entwickeln, und zum anderen sind Stiftungsinitiativen auf innovative Weise zu fördern.

Entwicklungspolitik ist heute nicht nur internationale Zusammenarbeit, die sich um die Entwicklungsländer 'kümmert'. Entwicklungszusammenarbeit sollte vielmehr - neu definiert - als die Gesamtheit der zwischen- und innerstaatlichen Allokation von Ressourcen (finanzielle, technologische, wissensbezogene) verstanden werden, die mit dem Ziel der Verbesserung der heutigen und zukünftigen Lebensbedingungen der Armen und Benachteiligten erfolgt. Dies beinhaltet sowohl öffentlich bereitgestellte Ressourcen als auch solche, die durch Entwicklungspolitik ausgelöst, aber nicht notwendigerweise durch öffentliche Haushalte oder staatliche Stellen bereitgestellt werden. So verstanden findet EZ innerhalb eines Landes mit im Lande mobilisierten Ressourcen statt, wie auch zwischen dem betreffenden Land und dem Rest der Welt (internationale Zusammenarbeit).

Folglich sollte die entwicklungspolitische Diskussion sich von allgemeinen Budgetzielen wie der Erhöhung des Entwicklungsetats auf die 0,7 %-Marke (Anteil am BSP) verabschieden. Stattdessen sollte sie sich auf die Entwicklung und Implementierung von gemeinsam entwickelten und vereinbarten Programmen mit klaren Zielen konzentrieren, wie z.B. Unter- und Fehlernährung, insbesondere bei Kindern, in einem bestimmten Land bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beseitigen. Ob dieses Ziel mit Hilfe von externen oder internen Ressourcen erreicht wird, ist zweitrangig. Weniger die finanziellen Ressourcen, als die Zielerreichung der Armutsbekämpfung ist in der EZ in den Vordergrund zu rücken.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit hat Zukunft, wenn sie erfolgreich ist, also zusätzlichen Wert erbringt und diesen auch in der Öffentlichkeit sichtbar machen kann. Entwicklungszusammenarbeit - breit definiert - findet allerdings zunehmend auf anderen Ebenen als zwischen den traditionellen Akteuren wie den Regierungen der Entwicklungsländer einerseits und multi- und bilateralen Gebern, NROs, UN-Organisationen etc. andererseits, statt. Privater Sektor, gesellschaftliche Organisationen, parlamentarische Gruppierungen, soziale Einrichtungen, virtuelle Netzwerke und Foren u.a.m. spielen zunehmend wichtige Rollen.

Zugleich verstärkt die zunehmende Dezentralisierung innerhalb der Entwicklungsländer sowie im Rahmen der Blöcke regionaler Kooperation die Potentiale für Eigenanstrengungen für Entwicklung.

Die Notwendigkeit, Prioritäten in der EZ zu setzen, hat sich verstärkt. Die Gefahr, dass EZ dabei politischen Modetrends folgt, nimmt zu. Deshalb sind Kriterien für Prioritätensetzung erforderlich. Normative Kriterien für Prioritäten sind *komparative Vorteile*, *Komplementarität* und *Subsidiarität* der EZ gegenüber anderen Aktivitäten. Die internationale EZ muss das tun (bzw. entsprechende Anreize geben), was

1. nachhaltig armutsreduzierend und entwicklungswirksam ist, aber von nationaler Politik nicht geleistet werden kann (internationale öffentliche Güter, öffentliche Güter von besonderer Relevanz für Arme, internationale Nothilfe),
2. vom privaten Sektor und existierenden Marktinstitutionen nicht berücksichtigt wird, weil private und soziale Kosten-Nutzen-Relationen divergieren und
3. von Organisationen des freiwilligen Engagements vernachlässigt wird, weil solche Organisationen evtl. noch nicht in ausreichendem Maße existieren oder schwach sind.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich u.a. die folgenden Prioritäten:

- Vermehrt auf rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in Entwicklungsländern hinarbeiten;
- Durch bilaterale oder multilaterale Kooperation auf eine Entschärfung der Konfliktpotenziale zwischen Handel und Umwelt bzw. Handel und Entwicklung abzielen;
- Den Transfer von verfügbarem Wissen und Technologien fördern, die der armutsreduzierenden, nachhaltigen Entwicklung dienen;
- Die Möglichkeit nutzen und fördern, dass eigenständige Organisationen dort Leistungen anbieten können, wo Staat und Markt nur sub-optimale institutionelle Lösungen anbieten.

Die EZ darf dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass die Masse der Armen im ländlichen Raum lebt.

Literaturhinweise

- Afemann, U. (1997): Internet für die Dritte Welt – Chance oder Bedrohung?, *Wechselwirkung*, **1997** (2), 31-41.
- Bächler, G.; Böge, V.; Klötzli, S.; Libiszewski, S. (1993): Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation?, Münster.
- Basu, A.K.; Chau, N.H., Grote, U. (1999): *Guaranteed Manufactured without Child labor*, ZEF, Bonn.
- Bayes, A.; von Braun, J.; Akhter, R. (1999): *Village Pay Phones and Poverty Reduction: Insights form a Grameen Bank Initiative in Bangladesh*, ZEF Discussion Papers on Development Policy No.8, Bonn.
- Bedi, A. (1999): The Role of Information and Communication Technologies in Economic Development, ZEF Discussion Paper on Development Policy No.7, Bonn.
- Bhatt, N.; Tang, S.-Y. (1998): The Problem of Transaction Costs in Group-Based Microlending: An Institutional Perspective, *World Development*, **26**, (4), pp. 623 - 637.
- Billing, P. (1992): Eskalation und Deeskalation internationaler Konflikte, Frankfurt.
- Von Braun, J.; Kennedy, E. (1995): Commercialization of Agriculture, Economic Development and Nutrition, Johns Hopkins, Baltimore.
- Von Braun, J.; Feldbrügge, T. (1998): Institutional Aspects of the Handling of Crisis and Disasters in Developing Countries, *Economics*, **57**, pp 95 - 114.
- Brunetti, A. et al. (1997): *Credibility of Rules and Economic Growth*. Paper prepared for the 1997 World Development Report, Washington, DC, The World Bank, mimeographed.
- Burnside, C.; Dollar, D. (1998): *Aid, the incentive regime, and poverty reduction*, Policy research working paper 1937, World Bank, Development Research Group, Washington D.C.
- Butterly, T. (1998): *Constraints to the Development of the „Wired“ Economy in Africa*; http://www.nua.ie/surveys/analysis/african_analysis.html.
- Cornia, G.A. (1996): Can economics help avert humanitarian emergencies? *WIDER ANGLE*, Sept 1996, No 1/96, pp 1-4.
- Cross, C. et al. (1998): Poverty at Ground Zero: Social Capital & Economic Shocks in Rural Kwazulu Natal, International Food Policy Research Institute.

- Dollar, D.; Pritchett, L. (1998): *Assessing Aid*, The World Bank, Washington D.C.
- Finsterbusch, K.; Van Wickelin, W.A. (1989): Beneficiary Participation in Development Projects: Empirical Tests of Popular Theories, *Economic Development and Cultural Change*, **37**, (3), pp. 573-593.
- Gantzel, K.J.; Schwinghammer, T. (1995): *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992. Daten und Tendenzen*. Münster.
- Gentry, B.; Fernandez, L. (1998): Evolving Public-Private-Partnerships: General Themes and Examples from the Urban Water Sector. In: OECD proceedings: *Globalisation and the environment. Perspectives from OECD and Dynamic Non-Members Economies*, Paris, pp. 99-125.
- Grote, U.; Basu, A.K.; Chau, N.H. (1999): *The International Debate and Economic Consequences of Eco-Labeling*, ZEF Discussion Papers on Development Policy No.18, Bonn.
- Grote, U.; Basu, A.K.; Weinhold, D. (1998): *Child Labor and the International Policy Debate*, ZEF Discussion Papers on Development Policy No.1, Bonn.
- Grote, U.; Feldbrügge, T. (1999): Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen auf die Welternährung und Agrarentwicklung, *Agrarwirtschaft*, **48**, (7).
- Jensen, M. (1998): *Internet Connectivity in Africa – A status Report*; <http://demiurge.wn.apc.org:80/africa/afstat.htm>.
- Jütting, J. (1999a): Strengthening the Role of Social Security Systems in Rural Areas of Developing Countries, ZEF Discussion Paper on Development Policy No. 9, Bonn.
- Jütting, J. (1999b): *Public-private-partnership and social protection in developing countries: The case of the health sector*, Paper presented at an ILO seminar on the extension of social protection, Geneva, December 1999.
- Kanbur, R.; Sandler, T. (1999): *The Future of Development Assistance: Common Pools and International Public Goods*, ODC, Washington, D.C.
- Moran, T.H. (1998): *Foreign Direct Investment and Development: The New Policy Agenda for Developing Countries and Economies in Transition*, Institute for International Economics (IIE), Washington D.C.
- Moser, C. (1998): The Asset Vulnerability Framework: Reassessing Urban Poverty Reduction Strategies, *World Development*, **26**, (1), pp. 1–19.
- Narayan, D. (1995): *The contribution of people's participation: Evidence from 121 rural water supply projects*, Environmentally sustainable development occasional paper 1, World Bank, Washington D.C.

- OECD (1996): *Shaping the 21st century: The role of development cooperation*, Paris.
- Ostrom, E. (1990): *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*, New York, Cambridge University Press.
- Putnam, R. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, Princeton University Press.
- Robinson, M; White,G. (1997): *The Role of Civic Organisation in the Provision of Social Services. Towards Synergy*, Research for Action 37, World Institute for Development Economics Research. (UNU/WIDER), Helsinki.
- Rodrik, D. (1999): *The new global economy and developing countries: Making openness work*, Policy essay No. 24, Overseas Development Council, Washington, D.C.
- Thiel, R.E. (Hrsg.) (1999): *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. DSE, Bonn.
- Wehrheim, P.; Serova, E.; Frohberg, K.; von Braun, J. (2000): *Russia's agro-food sector: Towards truly functioning markets*. Chapter 1: Introduction, Klüwer Academic Publisher.
- Weinberger, K. (2000): *Women's participation: An economic analysis in rural Tchad and Pakistan*. Center for Development Research, Bonn (forthcoming).
- Weinberger, K.; Jütting, J. (1999): *Determinants of participation in community based organizations: Experiences from group based projects in Kashmir and Chad*, *International Journal of Economic Development*, **1**, (4).
- Wissenschaftlicher Beirat beim BMZ (1998): *Nachhaltige Entwicklung 5 Jahre nach Rio: Wissenslücken, Handlungslücken und Implikationen für die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn.
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (1996): *Welt im Wandel: Herausforderung für die deutsche Wirtschaft*, Jahresgutachten 1996, Berlin.
- Wissing, T. (1995): *Mögliche Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit zur Krisenprävention*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin.
- World Bank (1998): *World Development Report 1998*, Weltbank, Washington D.C.

The following papers have been published so far:

- | | | |
|--------|--|--|
| No. 1 | Ulrike Grote,
Arnab Basu,
Diana Weinhold | Child Labor and the International Policy Debate
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
September 1998, pp. 47. |
| No. 2 | Patrick Webb,
Maria Iskandarani | Water Insecurity and the Poor: Issues and Research Needs
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
Oktober 1998, pp. 66. |
| No. 3 | Matin Qaim,
Joachim von Braun | Crop Biotechnology in Developing Countries: A Conceptual
Framework for Ex Ante Economic Analyses
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
November 1998, pp. 24. |
| No. 4 | Sabine Seibel,
Romeo Bertolini,
Dietrich Müller-Falcke | Informations- und Kommunikationstechnologien in
Entwicklungsländern
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
January 1999, pp. 50. |
| No. 5 | Jean-Jacques Dethier | Governance and Economic Performance: A Survey
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
April 1999, pp. 62. |
| No. 6 | Mingzhi Sheng | Lebensmittelhandel und Kosumtrends in China
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
May 1999, pp. 57. |
| No. 7 | Arjun Bedi | The Role of Information and Communication Technologies
in Economic Development – A Partial Survey
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
May 1999, pp. 42. |
| No. 8 | Abdul Bayes
Joachim von Braun
Rasheda Akhter | Village Pay Phones and Poverty Reduction: Insights from a
Grameen Bank Initiative in Bangladesh
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
June 1999, pp. 47. |
| No. 9 | Johannes Jütting | Strengthening Social Security Systems in Rural Areas of
Developing Countries
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
June 1999, pp. 44. |
| No. 10 | Mamdouh Nasr | Assessing Desertification and Water Harvesting in the
Middle East and North Africa: Policy Implications
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
July 1999, pp. 59. |
| No. 11 | Oded Stark,
Yong Wang | Externalities, Human Capital Formation and Corrective
Migration Policy
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
August 1999, pp. 17. |

- No. 12 John Msuya Nutrition Improvement Projects in Tanzania: Appropriate Choice of Institutions Matters
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
August 1999, pp. 36.
- No. 13 Liu Junhai Legal Reforms in China
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
August 1999, pp. 90.
- No. 14 Lukas Menkhoff Bad Banking in Thailand? An Empirical Analysis of Macro Indicators
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
August 1999, pp. 38.
- No. 15 K. Lal Information Technology and Exports: A Case Study of Indian Garments Manufacturing Enterprises
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
August 1999, pp. 24.
- No. 16 Detlef Virchow Spending on Conservation of Plant Genetic Resources for Food and Agriculture: How much and how efficient?
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
September 1999, pp. 37.
- No. 17 Arnulf Heuermann Die Bedeutung von Telekommunikationsdiensten für wirtschaftliches Wachstum
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
September 1999, pp. 33.
- No. 18 Ulrike Grote,
Arnab Basu,
Nancy Chau The International Debate and Economic Consequences of Eco-Labeling
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
September 1999, pp. 37.
- Nr. 19 Manfred Zeller Towards Enhancing the Role of Microfinance for Safety Nets of the Poor
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
October 1999, pp. 30.
- Nr. 20 Ajay Mahal,
Vivek Srivastava,
Deepak Sanan Decentralization and Public Sector Delivery of Health and Education Services: The Indian Experience
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
January 2000, pp. 77.
- Nr. 21 M. Andreini,
N. van de Giesen,
A. van Edig, M. Fosu,
W. Andah Volta Basin Water Balance
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
March 2000, pp. 29.
- Nr. 22 Susanna Wolf,
Dominik Spoden Allocation of EU Aid towards ACP-Countries
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
March 2000, pp. 59.

- Nr. 23 Uta Schultze Insights from Physics into Development Processes: Are Fat Tails Interesting for Development Research?
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
March 2000, pp. 21.
- Nr. 24 Joachim von Braun,
Ulrike Grote,
Johannes Jütting Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn,
March 2000, pp. 25.

ISSN: 1436-9931

The papers can be ordered free of charge from: ✓

Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)
Center for Development Research
Walter-Flex-Str. 3
D – 53113 Bonn
Germany

Phone: +49-228-73-1861
Fax: +49-228-73-1869
E-Mail: zef@uni-bonn.de
<http://www.zef.de>